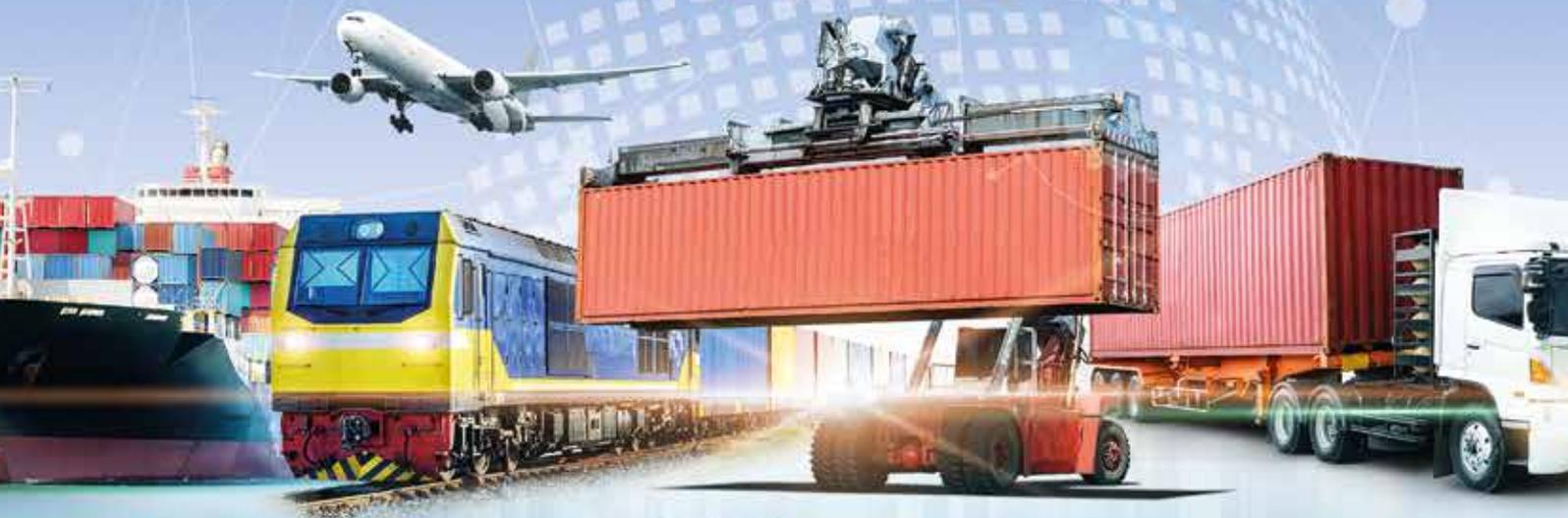




**Alternative**  
für  
**Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



**Made in  
Germany**

Entwicklungspolitische Leitlinien  
der AfD-Bundestagsfraktion

# **Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland**

# INHALT

Vorwort	<b>2</b>
Die fehlgeleitete entwicklungspolitische Agenda der Bundesregierung	<b>3</b>
Die entwicklungspolitischen Leitlinien der AfD-Bundestagsfraktion	<b>5</b>
Masseneinwanderung verhindern, Rückführungen vorantreiben	<b>7</b>
Keine Almosen für aufstrebende Schwellenländer	<b>9</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afrika	<b>11</b>
Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft	<b>12</b>
Nigeria	<b>13</b>
Eritrea	<b>14</b>
Deutsche Forschung für Unternehmertum und Umwelt	<b>15</b>
Die Mitglieder des Arbeitskreises	<b>17</b>



Deutschland ist mit über 22 Milliarden Euro weltweit der zweitgrößte Geber von Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit. Mit diesem Geld werden von der Bundesregierung auffällig viele Projekte gefördert, die weniger auf einen wirtschaftlichen Nutzen abzielen, sondern vielmehr weltanschaulich motiviert sind. Beispiele hierfür sind etwa die „gengerechte Förderung von Kleinbauern“ in Tunesien mit 107.000 Euro, in Uganda mit 234.000 Euro und in Peru mit 425.000 Euro oder eine „Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in Moscheen“ in Marokko in der Höhe von 8,5 Millionen Euro.

Profiteur dieser Art von Entwicklungszusammenarbeit ist vor allem die Helfer-Industrie. Diese arbeitet unermüdlich daran, die Entwicklungsländer als arm und schwach darzustellen. Der Helfer-Mythos dient dazu, die Verausgabung an Steuergeldern zu rechtfertigen und die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Zugleich leistet sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Vergleich zu 2006 fast 90 Prozent mehr Beamte.

Die AfD-Bundestagsfraktion hingegen steht für eine eigenverantwortliche und transparente Entwicklungspolitik, die ihren Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit legt und die Selbstbestimmung Deutschlands sowie seiner Partner achtet. Damit schaffen wir Wohlstand und Frieden und tragen zu einer tatsächlichen Entwicklung Deutschlands und seiner Partner bei.

*Markus Frohnmaier*

**Markus Frohnmaier**

Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion  
und ordentliches Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

# DIE FEHLGELEITETE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE AGENDA DER BUNDESREGIERUNG

Die Masseneinwanderung nach Deutschland, die Ausrufung von Klimanotständen, die beschlossene Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, die Gender- und Quotenpolitik oder die mittlerweile weltweit größte Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben – das alles lässt sich auf ein übergeordnetes Konzept, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, zurückführen. Diese Resolution wurde im Jahr 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und ist rechtlich nicht bindend. Gleichwohl ist sie für die Bundesregierung nach eigener Aussage der Maßstab des Regierungshandelns und die Richtschnur deutscher Politik.

Die Autoren der Agenda 2030 postulieren einen universellen Anspruch, dem zufolge es sich bei der Agenda um einen „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“ handelt, der einen „universellen Frieden in größerer Freiheit festigen“ soll. Die Unterzeichner der Resolution „sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen.“ Dazu sind entschlossene „kühne und transformative Schritte“ notwendig, „um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen.“ Auf dem Weg zu dieser besseren Welt solle, so die Autoren, niemand zurückgelassen werden. Zur Umsetzung der Agenda 2030 werden 17 sogenannte Nachhaltigkeitsziele und 169 davon abgeleitete Unterziele gesetzt. Die Unterzeichnerstaaten bekunden ihren Willen, diese Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Sie sind inzwischen zu großen Teilen deckungsgleich mit der Politik der Bundesregierung.

Diese Zielsetzungen offenbaren eine utopische, sozialistische und bevormundende Auffassung über die Möglichkeiten internationalen Handelns: Mit der Agenda 2030 soll die durchgehende Umgestaltung aller unserer Lebensbereiche erreicht werden.

So wird die Masseneinwanderung nach Deutschland unter dem zehnten Nachhaltigkeitsziel

thematisiert, das „die Ungleichheit in und zwischen den Ländern verringern“ und „durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik“ die „geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen“ erleichtern soll. Die Klimapolitik findet sich im Nachhaltigkeitsziel 13 wieder, in dem gefordert wird, die „Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen“ einzubeziehen. Das Nachhaltigkeitsziel 5 formuliert im Hinblick auf die Genderpolitik die „Geschlechtergleichstellung“ mit „durchsetzbaren Rechtsvorschriften“ auf „allen Ebenen“.

Die Finanzierung aller zur Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen soll über „zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen“ geschehen. Gemäß dem Nachhaltigkeitsziel 17 eignen sich hierfür insbesondere die verstärkte „Mobilisierung einheimischer Ressourcen“ und die Optimierung der „nationalen Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und anderen Abgaben“. Der weltweite Finanzierungsbedarf dieses Vorhabens beläuft sich auf etwa fünf bis sieben Billionen US-Dollar, was eine weitere Umverteilung deutschen Steuergeldes in die Welt zur Folge hat. Entsprechend erhöhten sich die bereitgestellten Entwicklungsleistungen Deutschlands seit dem Jahr 2014 von rund zwölf Milliarden um etwa zehn Milliarden Euro auf aktuell ungefähr 22 Milliarden. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt diese Art der Weltentwicklungspolitik entschieden ab.

Neben den offensichtlich negativen Folgen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung für den deutschen Bürger kritisiert die AfD-Bundestagsfraktion deren multilaterale Organisationsweise. Analog zur Weltentwicklungspolitik muss man hier von einer Weltregierungspolitik sprechen, denn wir beobachten, wie sich dieser multilaterale Ansatz auf bevormundende und intransparente Weise auf die entwicklungspolitische Arbeit im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) und im Bundestag auswirkt. So wird die deutsche Entwicklungspolitik

unter anderem von dem Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) beraten. Beide Institute geben Publikationen heraus, die dem interessierten Bürger die Entwicklungspolitik näherbringen sollen und teilweise auch in die parlamentarischen Abläufe eingehen. Einige dieser Publikationen werden dennoch nicht auf Deutsch, sondern ausschließlich auf Englisch verfasst.

Ein weiteres Beispiel für Bevormundung und Intransparenz stellt das Unvermögen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dar, das Ausmaß und die Auswirkungen der eigenen entwicklungspolitischen Leistungen vollständig und übersichtlich zu dokumentieren. Stattdessen wird auf eine Vielzahl an Weltorganisationen verwiesen. Dies erschwert den Überblick über die geleisteten Zahlungen sowie die Kontrolle der Zweckmäßigkeit und Effizienz erheblich.

Die Intransparenz zeigt sich auch im Hinblick auf den Etat des BMZ. So übersteigen die 22 Milliarden Euro deutscher Entwicklungsgelder das tatsächliche Budget des BMZ in Höhe von etwa elf Milliarden Euro um das Doppelte. Hinzu kommt der 30,5 Milliarden Euro schwere sogenannte Europäische Entwicklungsfonds mit einer

deutschen Beteiligung von voraussichtlich über 20 Prozent. Die Bundesregierung gibt nach und nach die Gestaltungskompetenz bei Projekten der Entwicklungszusammenarbeit aus der Hand. Eine Entwicklungszusammenarbeit, die deutschen Interessen folgt, wird unterlaufen und deren parlamentarische Kontrolle nachhaltig erschwert. Die Folge sind fehlgeleitete Ausgaben und zahlreiche sinnlose Entwicklungshilfeprojekte.

Die Art und Weise der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wie sie aktuell und insbesondere im Hinblick auf die Agenda 2030 von der Bundesregierung vollzogen wird, folgt einem Weltregierungs- und Weltentwicklungsansatz. Damit einher geht vor allem die Abwertung der Nationen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zudem werden die Bürger bevormundet, da diese Politik intransparent gestaltet ist, was die parlamentarische Kontrolle massiv behindert. Die rechtlich nicht verbindliche Agenda 2030, die dennoch zur Richtschnur der deutschen Regierungspolitik wird, spricht hier Bände. Schließlich ergeht sich dieses Politikverständnis weniger im schöpferischen und schaffenden Bereich, sondern wirkt vielmehr umwertend und umverteilend. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt diese Bevormundung, Intransparenz und globale Umverteilung entschieden ab.

 SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS



# DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN LEITLINIEN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die AfD-Bundestagsfraktion steht für eine Entwicklungspolitik, die vorrangig deutsche Interessen berücksichtigt. Orientierung bietet ein Blick in die entwicklungspolitischen Anfänge. Als Kind des Kalten Krieges wirkte die Entwicklungspolitik nach 1945 zunächst nur zwischen zwei Staaten ohne Beteiligung von multilateralen Organisationen. Seit 1958 traten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und spätestens seit 1961 die Weltbankgruppe als Akteure hinzu.

Dabei war die Entwicklungspolitik bis zur Wiedervereinigung 1990 stets der Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik untergeordnet. Erst danach durchlief die Entwicklungspolitik eine Verschiebung ihrer Schwerpunkte hin zur sogenannten „Nachhaltigkeit“ und „humanitären Hilfe“, die vermittels diverser Nichtregierungsorganisationen tief in die Gesellschaften der Partnerländer eingreifen. Diese Nichtregierungsorganisationen sind demokratisch nicht legitimiert, werden nicht ausreichend kontrolliert und entwickeln ein Eigenleben, das maßgeblich zu der Fehlentwicklung deutscher Entwicklungspolitik geführt hat und weiterhin dazu beiträgt.

Die AfD-Bundestagsfraktion greift als einzige politische Kraft im Bundestag den „Bonner Aufruf“ ehemaliger Entwicklungshelfer und kritischer Wissenschaftler inhaltlich und politisch auf. Gemeinsam erkennen wir als eines der hauptsächlichen Probleme keinesfalls einen generellen Geldmangel, sondern im Gegenteil ein Zuviel an Geld und dessen intransparente und unwirtschaftliche Verwendung. Einen sogenannten „Mittelabfluss-

druck“ von deutschen Steuergeldern in der Entwicklungspolitik darf es nicht geben.

Wir fordern daher, den Europäischen Entwicklungsfonds der Europäischen Union nicht neu aufzulegen, den massiven Aufwuchs des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung rückgängig zu machen und die Haushaltsmittel transparent, vor allem aber wirtschaftlich sinnvoll zu verwenden. Wir setzen uns für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Staaten und Völker ein, gleich ob es sich dabei um Staaten handelt, mit denen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kooperieren, oder um Deutschland selbst. Wir anerkennen und achten nationale, regionale, kulturelle und religiöse Unterschiede zwischen den Gesellschaften. Entsprechend lehnen wir die Unterzeichnung von Abkommen ab, die Deutschlands Souveränität verletzen. Denn aus der gegenseitigen Achtung der Selbstbestimmung erwächst gegenseitiges Vertrauen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt für uns das hauptsächliche Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dar. Die deutsche Wirtschaft soll in erster Linie durch eigenverantwortlich getragene Kooperationen zwischen Staaten gestärkt werden. Denn gesellschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich von der Wirtschaft und dem Handel ab.

Entwicklungspolitik ist für uns Entwicklungszusammenarbeit für Deutschland.



### Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- die Bundesregierung dazu auf, ihre Unterstützung für die Agenda 2030 einzustellen und bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Aufhebung dieser Resolution zu beantragen;
- die Abschaffung von entwicklungspolitischen Programmen der EU;
- ein auf deutschen Interessen basierendes Konzept der Entwicklungszusammenarbeit zu erarbeiten, das vor allem die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung achtet sowie auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit fußt;
- die deutsche Entwicklungspolitik transparent zu halten und in deutscher Sprache öffentlich zu kommunizieren.

### Unsere zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge:

Ablehnung der UN-Resolution „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ und Formulierung eigener Ziele der Entwicklungszusammenarbeit  
Bundestagsdrucksache 19/13531; 25.09.2019  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913531.pdf>



Keine Verlängerung beziehungsweise Neuauflage des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)  
Bundestagsdrucksache 19/9238; 10.04.2019  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/092/1909238.pdf>



Transparente Dokumentation deutscher Entwicklungspolitik  
Bundestagsdrucksache 19/14072; 16.10.2019  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914072.pdf>



Deutschsprachige Publikationen von ministeriell mandatierten, politisch handlungsempfehlenden Institutionen der Entwicklungspolitik  
Bundestagsdrucksache 19/14068; 16.10.2019  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914068.pdf>



# MASSENEINWANDERUNG VERHINDERN, RÜCKFÜHRUNGEN VORANTREIBEN

Ein Teil der Agenda 2030 ist der bekannte UN-Migrationspakt, der unter dem zehnten Nachhaltigkeitsziel die Angleichung der Lebensverhältnisse in und zwischen den Ländern fordert und vor allem auf die Legalisierung der Migration abzielt. Um derlei Ziele in Deutschland umzusetzen, konzipiert und finanziert die Bundesregierung Programme wie „Perspektive Heimat“. So sollen durch deutsche Unterstützung die allgemeinen Lebensperspektiven der Bewohner in jenen Ländern verbessert werden, aus denen besonders viele in Deutschland ausreisepflichtige Migranten stammen, um diese in ihre Heimatländer zurückzuführen. Alle Rückkehrer aus Deutschland sollen in ihre Herkunftsländer begleitet werden, wo ihnen eine Arbeit vermittelt wird. Darüber hinaus erhalten sie eine kostenlose und individuelle Beratung zu Ausbildung und Qualifizierung und werden bei der Suche nach einer Wohnung und bei der gesundheitlichen Versorgung unterstützt. Ferner sieht das Programm vor, über die Gefahren irregulärer Migration und die begrenzten Perspektiven irregulärer Migranten in Deutschland aufzuklären.

Tatsächlich jedoch setzt das Programm zusätzliche Anreize und Möglichkeiten nach Deutschland zu gelangen. Denn das Verhältnis der damit erreichten Rückkehrer aus Deutschland zu allen mit Mitteln des Programms Geförderten beträgt ungefähr eins zu neun, da auch Personen, die aus Drittländern in ihre Heimatländer zurückkehren, mit Arbeits-, Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen gefördert werden. Damit erhalten Personen Leistungen aus deutschem Steuergeld, die sich nie in Deutschland aufgehalten und auch sonst keinen Bezug zu Deutschland haben. Das so ausgestaltete Programm „Perspektive Heimat“ als Rückkehrinitiative zu bezeichnen, ist grob irreführend.

Als zentrales Instrument von „Perspektive Heimat“ agieren die im Ausland befindlichen Migrationsberatungsstellen. Diese verfahren vergleichbar mit deutschen Arbeitsämtern und befinden sich zum Beispiel im Irak, Afghanistan, Nigeria, Senegal, Marokko, Tunesien, Kosovo, Serbien, Albanien und Ghana. Dabei möchte die Bundesregierung „möglichst allen Rückkehrern aus Deutschland ein Jobangebot im Herkunftsland machen“.

Die Realisierung dieses Ziels ist nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion vermessen und überschreitet die Grenzen der Regierungsverantwortung. Zugleich lässt die Effizienz des Programmes stark zu wünschen übrig, denn die Kosten und der Nutzen von „Perspektive Heimat“ stehen in keinem angemessenen Verhältnis. Je nach Maßnahme fielen bisher Kosten in Höhe von bis zu 20.000 Euro pro Person an, um diese in Praktika, Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln. In den Jahren 2017 und 2018 wurden auf diese Weise insgesamt fast 300 Millionen Euro für das Programm ausgegeben. Damit wurde im selben Zeitraum aber gerade einmal 939 Rückkehrern eine Arbeit vermittelt.

Die Entgrenzung des deutschen Sozialstaates auf die gesamte Welt ist strikt abzulehnen. Die eklatante Ausdehnung der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundesregierung widerspricht dabei den originären Aufgaben der jeweiligen Staaten sowie der Verantwortung der Bundesregierung selbst.



### Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- das Programm „Perspektive Heimat“ sofort einzustellen und die Migrationsberatungszentren schnellstmöglich abzuwickeln;
- künftig davon Abstand zu nehmen, sich illegal in Deutschland aufhaltende Ausländer durch staatliche Leistungen zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen und stattdessen endlich mit der konsequenten Rückführung aller Illegalen zu beginnen.

### Unser zu diesem Thema in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Sofortige Einstellung des Programms „Perspektive Heimat“  
 Bundestagsdrucksache 19/13522; 25.09.2019  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/135/1913522.pdf>



### Verschiedene „Lebensperspektiven“ für Deutsche und Flüchtlinge

Die Entgrenzung des deutschen Sozialstaates auf die gesamte Welt entspringt einer Geringschätzung der Bundesregierung gegenüber dem deutschen Volk. Dies zeigt sich exemplarisch in ihren Antworten auf Einzelfragen nach den jeweiligen „Lebensperspektiven“ für Deutsche und Flüchtlinge. Wo für Flüchtlinge auf ein würdevolles Leben verwiesen wird, reicht für Deutsche der Verweis auf den Duden.

Die Bundesregierung zu Lebensperspektiven für Flüchtlinge: „Nach dem Verständnis der Bundesregierung sind unmittelbare Lebensperspektiven an einem Zufluchtsort dann gegeben, wenn dort hinreichende Mindeststandards für ein würdevolles Leben – wie die Versorgung mit Nahrung, der Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie Sicherheit – vorhanden sind. Voraussetzungen für längerfristige Lebensperspektiven in Fluchtherkunft- und Transitländern sind darüber hinaus insbesondere Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die Flüchtlinge und Binnenvertriebenen.“

(Bundestagsdrucksache 19/4734)

Die Bundesregierung zu Lebensperspektiven für Deutsche, angesichts der Aussage von Bundesinnenminister Horst Seehofer zu den Demonstrationen in Chemnitz, der „Lebensperspektiven für die Menschen dort“ einforderte: „Die Bundesregierung verwendet keine eigenständige [...] Definition von ‚Lebensperspektiven‘. Nach der aktuellen Onlineausgabe des Duden (<https://www.duden.de/rechtschreibung/perspektive>) bedeutet ‚Perspektive‘ bildungssprachlich u. a. ‚Aussicht für die Zukunft‘.“

(Bundestagsdrucksache 19/4734)

# KEINE ALMOSEN FÜR AUFSTREBENDE SCHWELLENLÄNDER

Die deutsche Entwicklungspolitik hat ein grundsätzliches Problem mit der Verhältnismäßigkeit des Mittlereinsatzes, gleich ob es sich dabei um die Agenda 2030, um einzelne Programme wie „Perspektive Heimat“ oder wie folgend um die Partnerländer der Bundesrepublik handelt. Denn die Bundesregierung macht keinen ausreichenden Unterschied zwischen Entwicklungsländern wie Niger einerseits, das auf dem Index der menschlichen Entwicklung aktuell an 189. Stelle liegt und damit den letzten Platz belegt, und Schwellenländern wie Brasilien andererseits, das auf Platz 79 positioniert ist, über die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt verfügt und zur einflussreichen Gruppe der G20 gehört. So erhält Niger seit dem Jahr 2017 Zusagen in Höhe von 115,5 Millionen Euro und Brasilien wurden seit 2017 zinsgünstige Kredite im Umfang von über 330 Millionen Euro zugesagt.

Die Bundesregierung klassifiziert Länder als Entwicklungsländer, ohne zuvor eine durchgehende widerspruchsfreie Systematik mit nachvollziehbaren Kriterien zur Einordnung der jeweiligen Länder entwickelt zu haben. Der Einfachheit halber wird jeder Partner der deutschen Entwicklungspolitik als „Entwicklungsland“ verstanden, was grundsätzlich die Gewährung von Mitteln ohne Rückzahlungspflicht einschließt. Das führt dazu, dass die Bundesrepublik globale Wettbewerber mit deutschem Steuergeld zum eigenen Nachteil subventioniert. Auf besonders drastische Weise zeigt sich dies am Beispiel China.

Das G20-Mitglied China nimmt auf dem Entwicklungsindex Rang 85 ein und war 2018 zum dritten Mal in Folge Deutschlands größter Handelspartner. Im selben Jahr belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf knapp 200 Milliarden Euro. Damit entfällt knapp ein Drittel des gesamten Handelsvolumens der EU von rund 605 Milliarden Euro mit China auf Deutschland. Auf die deutschen Exporte nach China entfielen rund 93 Milliarden Euro und auf die deutschen Importe aus China knapp 106 Milliarden Euro.

Die Volksrepublik China betreibt mit dem Seidenstraßenprojekt selbst eine Art Entwicklungspolitik, das möglicherweise das ambitionierteste und weitreichendste Handelsprogramm der Geschichte darstellt.

Die Bedeutung und der Umfang dieses Projekts lässt sich mit drei Zahlen beschreiben: So nehmen daran 65 Nationen teil, in denen 65 Prozent der Weltbevölkerung leben und die 30 Prozent des Weltbruttosozialprodukts erwirtschaften. Vor allem in Afrika sind der chinesische Staat und chinesische Unternehmen aktiv. Chinesische Quellen wie die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua fassen die afro-chinesischen Erfolge wie folgt zusammen: 1046 Projekte seien abgeschlossen, 2233 Kilometer Schienennetz und 3350 Kilometer Straßen gebaut worden.

Zugleich erweitert und vertieft die Volksrepublik schon seit Jahren ihren Einfluss in Unternehmen der deutschen Schlüsselindustrien, darunter im Maschinenbau, in der Automobil- und ihrer Zulieferindustrie, in den Bereichen Chemie und Pharma sowie in zahlreichen Firmen der Kommunikations-, Informations- und Elektrotechnik. Zwar gingen die chinesischen Investitionen mit 4,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019 im Vergleich zum letzten Jahr um mehr als die Hälfte zurück, jedoch stieg die Anzahl der Einkäufe in deutsche Unternehmen von 35 auf 39. Bekannte Beispiele dafür sind die Übernahme des Augsburger Roboterherstellers Kuka oder der Erwerb eines Anteils von fünf Prozent an der Daimler AG.

Obwohl die Volksrepublik China im Hinblick auf den Handel mit Deutschland und den Welthandel insgesamt an der Bundesrepublik vorbeigezogen ist und diesen Vorsprung auch noch ausbauen wird und obwohl sich chinesische Firmen in deutsche Schlüsselindustrien einkaufen, wird China nach dem Verständnis der Bundesregierung immer noch als Entwicklungsland betrachtet und erhält Gelder aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) flossen im Jahr 2018 etwa 500 Millionen Euro von Deutschland nach China und seit 2018 bestehen immer noch Zusagen in Höhe von rund zwölf Millionen Euro.

Auch Pakistan, auf dem Index der menschlichen Entwicklung auf Platz 152, bezieht Entwicklungsgelder. Das Land ist bereits seit 1961 Empfänger deutscher

staatlicher Entwicklungshilfeleistungen und erhält aktuell Mittel in Höhe von 109 Millionen Euro. Zugleich unterhält Pakistan ein nukleares Arsenal von schätzungsweise 100 bis 120 Waffen und verfügt gemessen am aktiven Militärpersonal über die sechstgrößte Armee der Welt. Die Militärausgaben Pakistans belaufen sich auf fast 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich dazu gibt die Bundesrepublik gerade einmal 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aus.

Auch der regionale Dauerrivale Chinas wird von der Bundesregierung bedacht. Indien liegt auf Platz 129 der menschlichen Entwicklung und ist zu einem wichtigen weltpolitischen Akteur avanciert, der einen entsprechenden internationalen Status als Wirtschafts- und Militärmacht für sich einfordert. Indien gehört wie Bra-

silien zu den G20-Staaten und wandelte sich entsprechend im Bereich der Entwicklungspolitik vom Leistungsempfänger zum Geber. So verfolgt die Republik Indien mittlerweile eine ambitionierte, auf eigene politische und wirtschaftliche Interessen hin ausgerichtete Entwicklungspolitik. Das Land erhielt 2019 aus Deutschland 1,6 Milliarden Euro, fast vollständig in Form von Krediten. Zudem werden Indien Zollpräferenzen der Europäischen Union gewährt.

Schwellenländer, die Deutschland auf den internationalen Märkten als Konkurrenz begegnen, die sich eine atomare Bewaffnung leisten oder die selbst Entwicklungspolitik betreiben, sind nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion keine Entwicklungsländer mehr. Neben China, Pakistan, Indien und Brasilien gilt dies auch für die Türkei, Indonesien, Mexiko und Südafrika.

### Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- die Entwicklungszusammenarbeit mit aufstrebenden Staaten in der gegenwärtigen Form nicht weiter fortzusetzen und
- einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, nach dem sich die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit künftig richten kann.

### Unser zu diesem Thema in den Deutschen Bundestag eingebrachter Antrag:

Aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Status als Entwicklungsland entziehen –

Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer

Bundestagsdrucksache 19/8986; 03.04.2019

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/089/1908986.pdf>



### Die Vergabe von Entwicklungsgeldern durch die Bundesregierung – ein Chaos mit Methode

Das Chaos der Bundesregierung bei der Mittelvergabe hat Methode. So kennt sie zahlreiche verschiedene Partnerschaftsformen, wie etwa Entwicklungspartnerschaften, Verantwortungspartnerschaften, Transformationspartnerschaften, Investitionspartnerschaften, Reformpartnerschaften, strategische Partnerschaften, Hochschulpartnerschaften, Klinikpartnerschaften, Gesundheitspartnerschaften, Energiepartnerschaften, Kammerpartnerschaften, Verbandspartnerschaften, Klimapartnerschaften und globale Partnerschaften, die bei der Zuwendung von Finanzmitteln berücksichtigt werden.

Da es die Bundesregierung versäumt „Entwicklungsländer“ innerhalb einer durchdachten Systematik und Nomenklatur zu klassifizieren, kommt jeder Staat der Welt in den Genuss deutscher Entwicklungsleistungen, der irgendeiner Kategorie der vielfältigen und von der Bundesregierung definierten Partnerschaftsformen zugeordnet werden kann. (Bundestagsdrucksache 19/6342)

# WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT IN AFRIKA

Der afrikanische Kontinent ist reich an Rohstoffen und zeichnet sich durch eine hohe wirtschaftliche Dynamik aus. Er verfügt über 15 Prozent der weltweiten Ölvorkommen, 40 Prozent der Goldreserven, 80 Prozent der Platinmetalle und die größten Anbauflächen der Welt. Die Zahl der Erwerbspersonen wird von jetzt 400 Millionen bis zum Jahr 2050 auf rund eine Milliarde ansteigen. Damit wird jede vierte Arbeitskraft weltweit aus Afrika kommen. Gleichzeitig entwickelt sich die Wirtschaft vieler afrikanischer Staaten vergleichsweise positiv. Seit der Jahrtausendwende ist die afrikanische Wirtschaftsleistung um 62 Prozent gewachsen und belegt damit nach Asien mit einem Wachstum von 78 Prozent den zweithöchsten Wert. Afrika wird als Absatzmarkt und Produktionsstandort immer wichtiger. Die Frage ist nicht, ob sich ein deutsches Engagement auf dem Kontinent lohnt, sondern vielmehr wann und wo.

Jedoch bestehen angesichts der ökonomischen Fragmentierung, die den gesamten afrikanischen Kontinent kennzeichnet, ordnungspolitische Hemmnisse, das wirtschaftliche Potenzial auch auszuschöpfen.

Mangelnde Abstimmung, Überregulierung und ein allgemein schwieriges politisch-institutionelles Umfeld für Unternehmen verhindern, dass der Binnenmarkt zu einer Quelle des afrikanischen Wohlstands wird. Dies trifft sowohl auf den Kontinent insgesamt als auch auf regionale Märkte wie beispielsweise die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten ECOWAS (Economic Community of West African States) zu.



Bildquelle: Adobe Stock / © poco\_bw



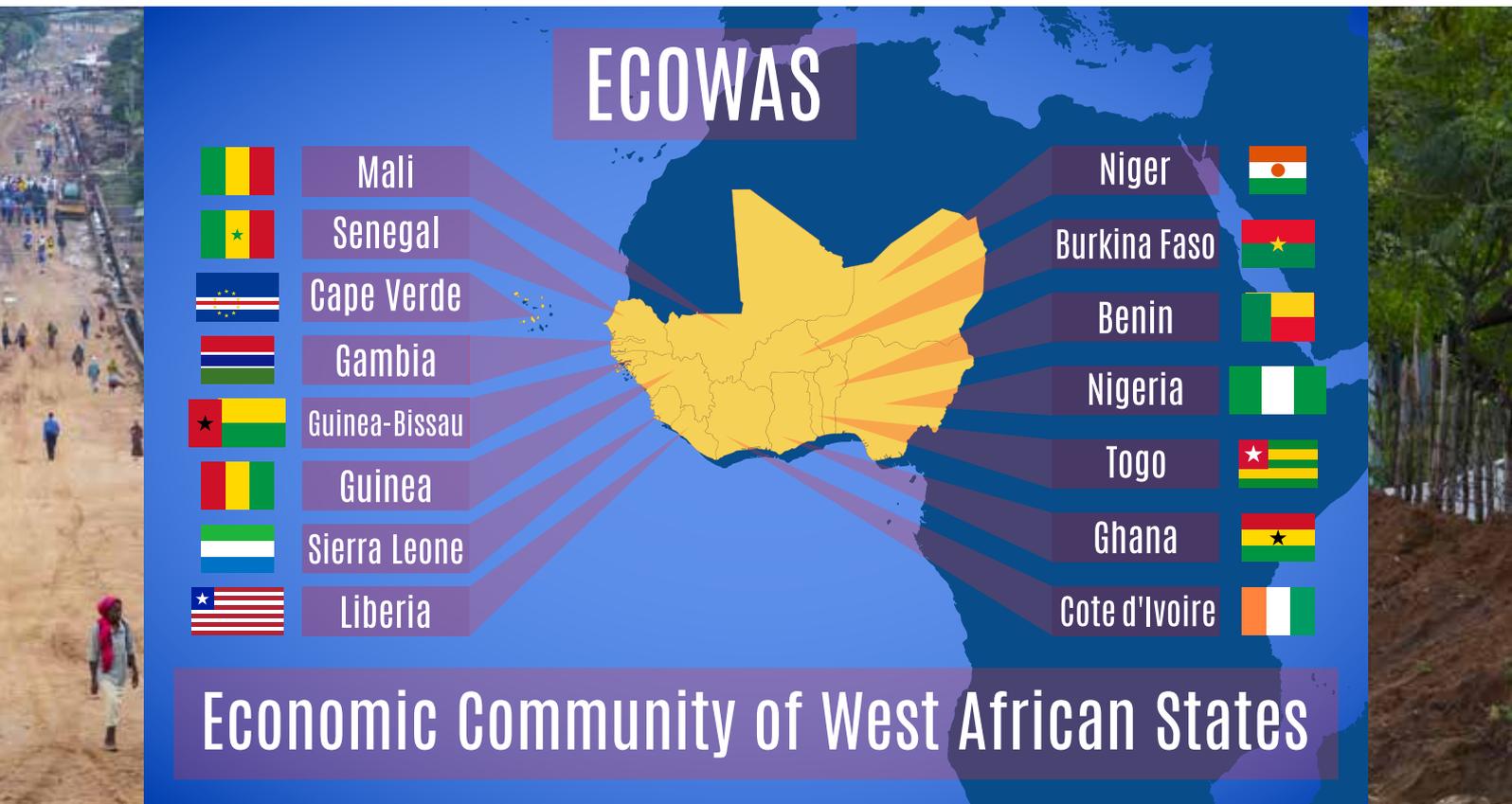
## WESTAFRIKANISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Die Mitglieder der ECOWAS haben sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich das Ziel gesteckt, durch bessere gemeinsame Abstimmungen zu einem eigenständigen Wachstum der Region zu gelangen. Grundlage dieser ordnungspolitischen Bemühungen ist eine funktionierende Infrastruktur. Der gemeinsame Ausbau nimmt bereits in konkreten Projekten Gestalt an.

Beispielsweise befinden sich mehrere hydraulische und thermische Kraftwerke im Bau. Geplant ist zudem die Erweiterung der maritimen Gaspipeline nach Mauretanien und Marokko, die Nigeria derzeit mit Ghana verbindet. Die weitere Vernetzung der Region soll durch eine Küstenstraße hergestellt werden, die das senegalesische Dakar mit der nigerianischen Metropole Lagos und Kano im Norden Nigerias verbinden wird. Mehrere Abschnitte sind bereits in Betrieb. Im Bereich der Telekommunikation werden Unterseekabel verlegt und die Glasfaserverbindung zu Binnenstaaten weiter ausgebaut. Im Hinblick auf den Luftverkehr wurden die Vorschriften

harmonisiert, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, und Kapazitäten weiter ausgebaut. Hinsichtlich des Seeverkehrs sollen Alternativen zum Straßenverkehr entlang der Küste angeboten werden, um die Mobilitätskosten weiter zu senken.

Durch eine Unterstützung dieser wirtschaftlichen Bestrebungen Westafrikas kann die Bundesrepublik deutschen Unternehmern einen vorteilhaften Marktzugang verschaffen und so zu der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region beitragen. Zudem bieten sich für die deutsche Wirtschaft mannigfache Möglichkeiten, an dem afrikanischen Wachstum teilzuhaben. Aufgrund seiner großen ordnungspolitischen Erfahrung kann Deutschland einzelnen Ländern beratend und tatkräftig zur Seite stehen, damit der dortige Binnenmarkt weiter gestärkt wird und die Wirtschaftsleistung weiter ansteigt. Eines dieser Länder mit einem enormen Wirtschaftspotenzial ist Nigeria.



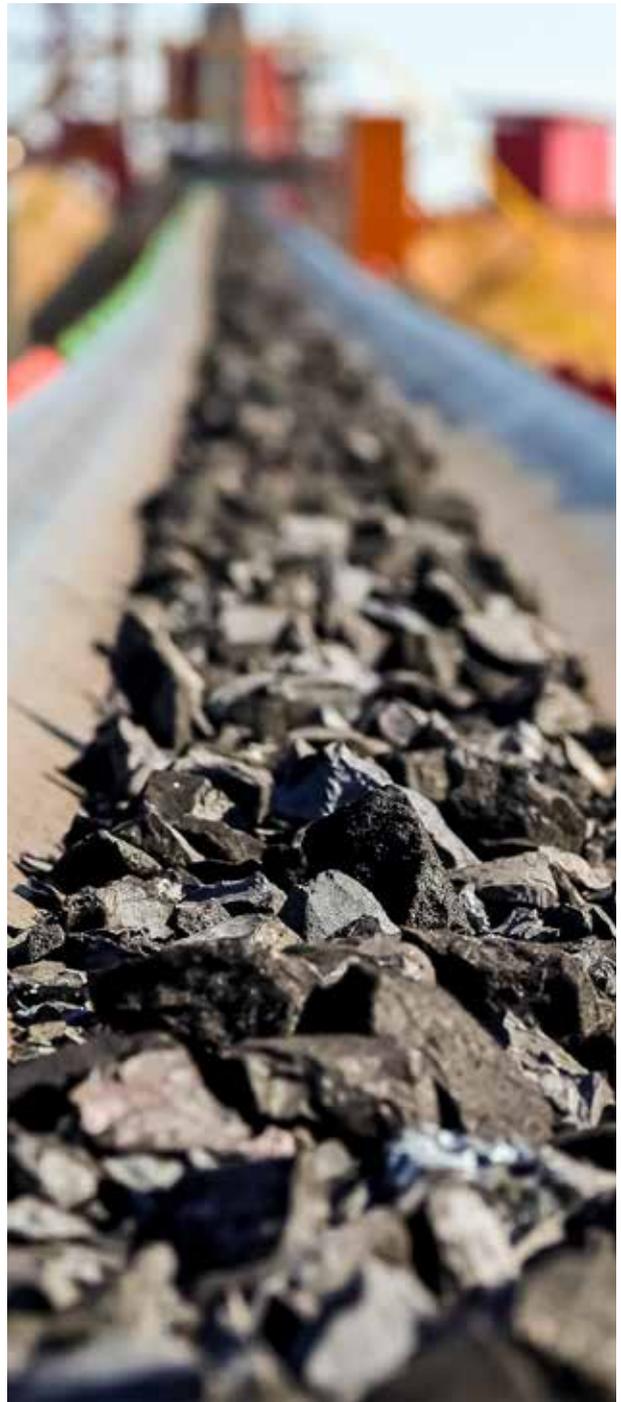
## NIGERIA

Nigeria ist nicht nur die größte Volkswirtschaft Afrikas, sondern auch das Zentrum des westafrikanischen Wirtschaftsraumes ECOWAS. Das Land ist reich an Öl und wächst wirtschaftlich insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation und Dienstleistungen. Das nigerianische Bruttoinlandsprodukt wird sich im Jahr 2020 voraussichtlich auf etwa eine halbe Billion US-Dollar belaufen. Außerdem ist Nigeria mit rund 190 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas.

Nigeria gehört als drittgrößtes afrikanisches Lieferland für deutsche Importe und als zweitgrößtes Abnehmerland der Subsahara-Region für deutsche Exporte zu den größten afrikanischen Handels- und Wirtschaftspartnern Deutschlands. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Nigeria betrug im Jahr 2018 fast 3,26 Milliarden Euro. Jedoch sind lediglich etwa 85 deutsche Unternehmen in Nigeria aktiv.

Demgemäß findet eine wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Nigeria kaum statt. Stattdessen wird das ölreiche Land energiepolitisch beraten und Projekte zur Geschlechtergleichstellung gefördert. Wie bei den aufstrebenden Schwellenländern versäumt es die Bundesregierung auch hier, die Türen für deutsche Unternehmer zu öffnen und den Fokus auf die Ausweitung des zwischenstaatlichen Handels zu beiderseitigem Vorteil zu legen.

Gerade vor dem Hintergrund des entstehenden westafrikanischen Binnenmarktes mit Nigeria als Zentrum ist eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Nigeria nachdrücklich anzustreben. Auf diese Weise kann die Bundesrepublik den Zugang für deutsche Unternehmer zu wachsenden Volkswirtschaften in Afrika verbessern und zugleich dazu beitragen, regionale afrikanische Binnenmärkte zu stärken.



## ERITREA

Eine ähnliche Entwicklung wie in Westafrika zeichnet sich im Osten des afrikanischen Kontinents ab. Im Juli 2018 haben die beiden ostafrikanischen Nachbarn Eritrea und Äthiopien nach Jahrzehnten der Feindseligkeiten und kriegerischen Auseinandersetzungen einen Friedensvertrag geschlossen. Die Kooperation beider Länder begann jedoch schon früher und erstreckt sich gegenwärtig auf zollfreien Handel, eine gemeinsame Währung und darauf, dem Binnenstaat Äthiopien die Möglichkeit zu bieten, den Hafen der eritreischen Stadt Assab zu nutzen. Damit bestehen die Voraussetzungen für eine tragfähige politische und ökonomische Entwicklung in beiden Ländern und der Region Ostafrika.

Das wirtschaftliche Wachstum Eritreas stützt sich besonders auf die Förderung von Rohstoffen wie Gold, Kupfer, Silber und Zink. Der aufstrebende Bergbau-sektor wirkt sich positiv auf Zulieferer und Branchen aus, die direkt oder indirekt mit diesem Wirtschafts-

zweig verbunden sind. Umfangreiche Infrastrukturprojekte und steigende öffentliche Ausgaben im Bausektor und in der Telekommunikationsbranche werden getätigt und nehmen zu. Zudem bildet Eritrea durch seine Häfen am Roten Meer eine bedeutende Verbindung zu den arabischen und asiatischen Märkten.

Während sich beispielsweise China die Regionen Eritreas durch Straßenbau erschließt und es ökonomisch mit der Regionalmacht Äthiopien und dem strategisch günstig am Horn von Afrika gelegenen Dschibuti verbindet, ist ein deutsches entwicklungs-politisches Engagement nicht erkennbar. Die Bundesrepublik darf hier aber nicht abseits stehen, sondern muss aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion endlich die Zeichen der Zeit erkennen und deutschen Unternehmen die Teilhabe an dem wirtschaftlichen Potenzial Ostafrikas ermöglichen.

### Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,

- die Bemühungen der westafrikanischen Staaten zur Stärkung eines eigenständigen regionalen Wachstums entschieden zu fördern;
- Nigeria und Eritrea in der deutschen Afrikapolitik stärker zu berücksichtigen und einzubeziehen;
- zusammen mit der deutschen Privatwirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt für die deutsche Wirtschaft stärker zu erschließen.

### Unsere zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge:

Den afrikanischen Binnenmarkt stärken – Chancen für die deutsche Wirtschaft nutzen – Migration stoppen durch eine reale „Perspektive Heimat“  
Bundestagsdrucksache 19/15737; 10.12.2019  
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915737.pdf>



Wirtschaftliche Beziehungen mit Nigeria intensivieren – Teilhabe und Selbstverantwortung stärken durch eigenstaatlich motivierte Geburtenverantwortung – Deutsche Wirtschaftsinteressen definieren und umsetzen  
Bundestagsdrucksache 19/20080; 17.06.2020  
<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/200/1920080.pdf>



Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Eritrea aufnehmen und forcieren  
Bundestagsdrucksache 19/15071; 13.11.2019  
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915071.pdf>



# DEUTSCHE FORSCHUNG FÜR UNTERNEHMERTUM UND UMWELT

Viele Staaten leiden unter massiver Umweltverschmutzung in Form von Müll. Verursacht wird dies teilweise durch den Import von Abfällen, insbesondere von Kunststoffen, vor allem aber durch das Fehlen von entsprechenden Abfallverbringungssystemen wie ordentlichen Deponien und Recycling-, Müllverbrennungs- und Wiederaufbereitungsanlagen. Seit dem Einfuhrverbot der chinesischen Regierung für Müll fallen in einigen Staaten vermehrt zu entsorgende Abfälle an. Vor allem Staaten Südostasiens wie Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam sind davon betroffen.

Durch die negativen Auswirkungen auf den Menschen und die Umwelt hemmt diese Umweltverschmutzung die Entwicklung der betreffenden Gesellschaften. Es entstehen unnötige Mehrausgaben für Gegenmaßnahmen, die mit einer ordentlichen Verbringung von Abfall erst gar nicht entstehen würden. Diese Mehrkosten werden auch von der Bundesrepublik getragen. Die Bundesregierung lindert damit jedoch lediglich die Symptome und geht dem ökonomisch und ökologisch sachgemäßen Umgang mit dem Müll aus dem Weg. Eine Möglichkeit, die Ursache dieses Problems anzugehen, findet sich in dem Verfahren der Pyrolyse.

Die Pyrolyse von Kunststoffabfällen ist eine noch wenig beachtete Lösung der Verbringung von Kunststoffabfällen. Sie bildet eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative zur Deponierung und Verbrennung, da durch sie der Grundstoff von Kunststoffen, das Öl, bis zu 80 Prozent wiedergewonnen und dem Kohlenstoffkreislauf zugeführt werden kann. Die Pyrolyse stellt auch eine Alternative zu Lithium-Ionen-Batterien dar, da sie nicht die menschen- und umweltschädigende Förderung von Lithium und Kobalt voraussetzt. Darüber hinaus kann mit dem selben Verfahren „Biokohle“ zur Bindung von überschüssigem Kohlenstoff gewonnen und anschließend zur Bodenaufbesserung verwendet werden.

Allerdings wird Deutschland auch hier von anderen Nationen überholt. Durch das Festhalten an der sogenannten Energiewende hat die Bundesregierung viele energiepolitische Alternativen vernachlässigt. Aufgrund einer durch Gesetze und Verordnungen forcierten Energiepolitik, die nahezu ausschließlich ideologisierten Vorgaben folgt, wird es für Forscher, die nicht zu „erneuerbaren Energien“ forschen, fast unmöglich, Forschungsgelder zu akquirieren und energietechnische Alternativen aufzuzeigen. Damit verbaut sich Deutschland derzeit sowohl in wissenschaftlicher als auch wirtschaftlicher Hinsicht eine Führungsrolle bei Zukunftstechnologien und Energieträgern. So nutzen und exportieren bereits chinesische, niederländische und französische Unternehmen Pyrolyseanlagen in Fabrikgröße.

Um sich von dieser einseitigen wirtschaftlichen und energiepolitischen Ausrichtung zu lösen, sind Investitionen in eine wissenschaftlich unabhängige und wirtschaftlich versierte Forschung nötig. Zum eigenen, aber auch zum Nutzen der Entwicklungsländer, muss deshalb in die weitere Erforschung der Pyrolyse investiert werden, um ökologisch und ökonomisch gewinnbringende Lösungen zu entwickeln.

**Die AfD-Bundestagsfraktion fordert daher,**

- die Pyrolyseforschung zu intensivieren;
- mit wissenschaftlichen, privaten und entwicklungspolitischen Partnern eine leicht transportierbare und leicht zu bedienende Plastikpyrolyseanlage zur Entsendung in Entwicklungsländer marktfähig zu machen.

**Unser zu diesen Themen in den Deutschen Bundestag  
eingebrachter Antrag:**

Pyrolyseförderung – Eine wirkliche Alternative zur Bekämpfung  
der Plastikflut in Entwicklungsländern

Bundestagsdrucksache 19/15075; 13.11.2019

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/150/1915075.pdf>



# DIE MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES FÜR ENTWICKLUNG UND WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT



## **Markus Frohnmaier, MdB**

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der AfD-Bundestagsfraktion



## **Dietmar Friedhoff, MdB**

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Obmann im Bundestagsausschuss für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Mitglied im Kuratorium der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)



## **Ulrich Oehme, MdB**

Ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitglied im Beirat des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval)



### **Prof. Dr. Harald Weyel, MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



### **Stefan Keuter, MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



### **Jens Kestner, MdB**

Stellvertretendes Mitglied im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



## Folgen Sie uns

 [AfDBundestag.de](http://AfDBundestag.de)

 [fb.com/AfDimBundestag](https://fb.com/AfDimBundestag)

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/  
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:  
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Arbeitskreis Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227 57141  
Telefax: 030 227 56349  
E-Mail: [buerger@afdbundestag.de](mailto:buerger@afdbundestag.de)

Herstellung und Redaktion:  
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe  
Stock / © inueng; Seitenhintergründe – Adobe Stock / © prettyboy80

Stand: November 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.